



## NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

**Sitzungsnummer:** SOA/02/2007  
**Gremium:** Sozialausschuss  
**Tag:** Dienstag, 13.03.2007  
**Ort:** Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201  
**Beginn:** 16:00 Uhr

### A. TAGESORDNUNG

---

#### I. Öffentlicher Teil

---

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Beratung von Opfern des Menschenhandels  
Mündlicher Bericht der Beratungsstelle des Diakonischen Werkes
4. Bericht der ARGE  
Hier: Vorstellung des Förderkatalogs
5. AIDS-Hilfe e.V.  
Hier: Mündlicher Bericht
6. Vorschlag der Fraktion DIE GRÜNEN/BÜNDNIS 90 gem. § 6 (3) GeschO des Rates  
Hier: Kostenerstattung gem. § 4a FlÜG NRW
7. Anfragen gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung



## B. SITZUNGSVERLAUF

---

### I. Öffentlicher Teil

---

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

#### 1. Feststellung der Tagesordnung

Frau Machatschek begrüßt die anwesenden Gäste Herrn Franke vom Diakonischen Werk, Herrn Rau von der AIDS-Hilfe und Frau Küper und Herrn Rumberg von der ARGE.

Sie nimmt weiterhin Bezug auf einen zu spät eingegangenen Vorschlag zur Tagesordnung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und nimmt das zum Anlass, alle Fraktionen zu bitten, Anträge und Vorschläge zur Tagesordnung rechtzeitig (**Anmerkung der Schriftführerin: laut Geschäftsordnung 9 Tage vor der Sitzung**) der Verwaltung zuzuleiten, um einen ordnungsgemäßen Ablauf gewährleisten zu können.

Dieser Antrag wird heute mit dem Einverständnis der Ausschussmitglieder auf die Tagesordnung gesetzt und unter Punkt 6 behandelt.

Frau Buchholz beanstandet eine Aussage in der Niederschrift der Sitzung des Sozialausschusses vom 12.02.02 unter Punkt 14 – Unterstützungsangebote für Ausländerinnen und Ausländer, die unter die Bleiberechtsregelung fallen - :

„Aufgrund dieser Aussage zieht Frau Buchholz den Antrag zurück.“

Das sei so nicht richtig. Sie bittet zu ergänzen, dass sie den Antrag zurückgezogen habe, weil Frau Thomzig bei der Beschreibung ihrer Zusammenarbeit mit der Bundesagentur deutlich gemacht habe, dass dort jemand für diese Zielgruppe zuständig sei.

#### 2. Mitteilungen

Frau Machatschek berichtet von einem Workshop, der am letzten Samstag hier im Rathaus stattgefunden habe und sehr erfolgreich gewesen sei. Es habe sich unter anderem auch um Themen gehandelt, die den Sozialausschuss ganz stark betreffen. Man habe gute Ergebnisse erzielt. Sie richtet ihren herzlichen Dank an die Verwaltung für die inhaltlich und organisatorisch sehr gut vorbereitete Veranstaltung.

Herr Steuber fand es interessant, dass für jeden der Teilnehmer in den Durchgängen ein Wechsel innerhalb der drei Handlungsfelder möglich war. Er selbst sei in dem Handlungsfeld Familie, Kinder und Senioren geblieben. Es habe dort noch intensive Beiträge bezüglich der Veränderung und Erweiterung der Maßnahmen gegeben.



Die Verwaltung habe eine Reihe von Anregungen mitbekommen. Man werde am nächsten Montag in der Steuerungsgruppe festlegen, wie man mit den Ergebnissen umgehe und ob diese in die Ratsvorlage zum demographischen Wandel eingebaut würden. Es werde in diesem Jahr noch zwei weitere Workshops zu anderen Themen stattfinden. Er hielte diese Art von Beteiligung für sehr vielversprechend.

Herr Haensel teilt mit, dass in dieser Woche Luthers Waschsalon sein 10jähriges Bestehen feiert. Hier sei mit den Jahren ein umfangreiches Hilfeangebot gewachsen. Er dankt der Stadt und der Politik für deren Unterstützung. Diese Woche gehöre den Gästen. Er würde sich jedoch sehr freuen, wenn man im Laufe des Jahres einen Ort fände, um ein Fachgespräch zu führen und zu schauen, wie es weitergehe.

Frau Machatschek bittet Herrn Hansel, den Ausschuss rechtzeitig darüber zu unterrichten.

In diesem Zusammenhang wird von einem Ausschussmitglied eingeworfen, dass der nächste Armuts-Spaziergang am Samstag Morgen um 10.00 Uhr stattfinde. Dies sei eine Veranstaltung der evangelischen Landeskirche, zu der Herr Haensel alle herzlich einlädt. Treffpunkt sei das Hagener Arbeitslosenzentrum in der Böhmerstraße.

Herr Dr. Schmidt berichtet von einem Termin, an dem man die Möglichkeit einer EU-Finanzspritze erörtert habe, die man ab dem 01.01.2008 für Hagen zum Thema Seniorenwirtschaft anzuwerben versuchen wolle. Man habe dort einen Katalog von möglichen Projekten angesprochen. Mitte bis Ende April werde man eine zweite Runde machen. Wenn einer der Anwesenden an diesem Thema interessiert sei, könne er sich melden und im Adressenverteiler aufgenommen werden.

### 3. **Beratung von Opfern des Menschenhandels** **Mündlicher Bericht der Beratungsstelle des Diakonischen Werkes**

#### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Franke von der Zuwanderungsberatung des Diakonischen Werkes berichtet über die Inhalte seiner Arbeit. Die Ausführungen sind der Niederschrift **als Anlage zu TOP 3** beigelegt.

Frau Machatschek möchte wissen, ob die in Hagen stattfindende Qualifizierung auch von Frauen anderer Beratungsstellen außerhalb von Hagen besucht würden. Außerdem fragt sie, ob die Frauen, die wieder nach Hause geschickt werden, auch Hilfestellung in ihrem Heimatland bekämen.

Herr Franke erklärt, dass von den 78 Frauen, die betreut werden, 70 in Hagen



leben und 8 im Ennepe-Ruhr-Kreis untergebracht seien. Aus Bochum oder dem Märkischen Kreis sei im letzten Jahr niemand dabei gewesen. Die Frauen, die an den Qualifizierungen teilnehmen, seien daher bis auf eine alle aus Hagen. Theoretisch bestehe die Möglichkeit, dass auch von anderen regionalen Beratungsstellen Opfer von Menschenhandel zu den Qualifizierungsmaßnahmen kommen, aber in der Praxis käme das nicht vor.

Zur zweiten Frage antwortet er, dass man zumindest nach Bulgarien, Ukraine, Weißrußland, Polen und Georgien Kontakte zu dort ansässigen Nichtregierungsorganisationen habe. Diese würden informiert, wenn die Frauen in ihre Heimatländer zurückkehrten.

Bei anderen Ländern müsse die Vorgehensweise im Einzelfall abgesprochen werden.

Frau Machatschek weist darauf hin, dass das EQUAL-Projekt am 31.12.2007 auslaufe. Sei eine weitere Förderung über EU-Mittel in Aussicht gestellt?

Herr Haensel erinnert an die Phase, in der ein Träger für diese wichtige Aufgabe gesucht wurde. Es habe sich anfangs keiner gefunden. Es sei klar gewesen, dass der Verein das nicht mehr leisten können, weil man Spendengelder benötige, um den nicht refinanzierten Anteil aufzubringen. Es habe dann aus dem politischen Raum eine Reihe von Personen gegeben, die dem neuen Träger hätten helfen wollen in der Form, dass Spendengelder flössen. Unter diesen Vorzeichen habe man sich darauf eingelassen. Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten sei dies ein Fehler gewesen. Das Geld sei nicht gekommen.

Herr Franke stellt fest, dass definitiv klar sei, dass das EQUAL-Projekt nicht weitergehe. Welche anderen Programme geeignet seien, sich um diese Zielgruppe zu kümmern, stehe noch nicht fest.

Frau Machatschek bedankt sich bei Herrn Franke für die Ausführungen und wünscht für die weitere Arbeit alles Gute.

#### **4. Bericht der ARGE Hier: Vorstellung des Förderkatalogs**

##### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Rumberg stellt den Förderkatalog der ARGE vor. Dieser solle quartalsweise überarbeitet werden.

Dr. Schmidt möchte wissen, inwieweit die Maßnahmen bewertet werden könnten, um zielgruppen- bzw. maßnahmenscharf sagen zu können, welche Maßnahme sich gelohnt hätten.

Herr Rumberg erklärt, dass die Maßnahmen zur Integration manuell ausgewertet werden müssten. Ein operativer Datensatz als Hilfsmittel zur Auswertung stünde noch nicht zur Verfügung.



Frau Machatschek bedauert dies und stellt fest, dass dadurch die Sache sehr verzögert werde.

Herr Mervelskemper findet es erfreulich, dass der Förderkatalog fortgeschrieben wird. Was ihm in diesem Papier fehle, sei jedoch das durchgängige zielgruppenorientierte Anbieten von Fördermaßnahmen.

Herr Vaupel möchte wissen, wie hoch die Pauschalkosten pro Teilnehmer seien. Inwieweit gebe es Rückmeldungen durch die Träger, ob dieses Projekt erfolgreich gewesen sei und ob dieser Personenkreis in einen vernünftigen Arbeitsplatz vermittelt werden könne.

Herr Rumberg erklärt, dass SGB II-Betreuung Integration zum Ziel habe. Dieses Jahr habe man sich eine Zahl von 3000 Integrationen zum Ziel gesetzt. Bei den Kunden, bei denen dieses Ziel noch nicht erreicht werden könne, versuche man mit Hilfe von Modulen zu arbeiten.

Die Sätze bei Arbeitsgelegenheiten seien gestaffelt und lägen zwischen 200 € und 330 €. Die Betreuung reiche von normaler bis hin zu sozialpädagogischer Betreuung.

Frau Buchholz hält es für wichtig, die Module zu beschreiben.

Sie möchte wissen, ob die Auflistung auch als Datenbank angelegt sei. Damit hätten die Betroffenen die Möglichkeit, zu schauen, ob dort freie Plätze seien.

Herr Rumberg bedauert, aber das könne die ARGE nicht liefern. Er werde jedoch die Anregung mitnehmen, im allgemeinen Teil für den Kunden den Hinweis zu geben, dass für ihn ggf. auch eine Förderkette interessant sein könne.

Herr Steuber möchte wissen, ob die ARGE beabsichtige, die Informationen zentral für den Kunden wie früher in der Bundesagentur zum Beispiel an Terminals bereitzustellen, da nicht jeder zu Hause Zugang zum Internet habe.

Außerdem fragt er sich, wie mit den Empfehlungen zur Förderung für Alleinerziehende umgehen wolle.

Herr Rumberg erklärt, dass man versuchen wolle, in der Wartezone einen PC zu installieren, an dem der Kunde die Möglichkeit habe, im Internet nach Angeboten zu suchen. Bezüglich der Empfehlung zur Förderung Alleinerziehender werde eine neue Maßnahme kreiert.

Dr. Schmidt teilt mit, dass man in der Trägerversammlung diskutiert habe, die Maßnahmen bezüglich der Belegung und der finanziellen Auswirkungen zeitnah zu beobachten. Dann sei man bei veränderten Bedarfen in der Lage, frühzeitig umzuschichten. Man sei jedoch dafür auf Rückmeldungen der Träger angewiesen. Im letzten Jahr habe es bei den AGHs eine Vermittlungswelle gegeben, die verschiedene Organisationen in schwierige finanzielle Situationen gebracht habe. Anfang des Jahres sei von der ARGE zugesagt worden, dass eine solche Vermittlungswelle in diesem Jahr nicht auftreten werde. Wie sehe es damit aus?

Herr Rumberg berichtet, dass man gestern ein Gespräch mit den Trägern ge-



habt habe. Man sei in der Lage, zeitnah zu bewilligen. Die Zuweisungen würden bis in den Mai hinein gestreckt. Das Vermittlungspersonal sei aufgestockt worden. Mit einer solchen Situation wie im letzten Jahr sei nicht mehr zu rechnen.

Herr Kirchhoff nimmt Bezug auf die Beantwortung der Anfrage des Bündnisses 90/Die Grünen aus der letzten Sitzung bezüglich der Qualifizierung von ARGE-Mitarbeitern. Er möchte wissen, ob es für die Mitarbeiter ein Fortbildungskonzept gebe. Er habe damit gerechnet, dass eine solches Konzept bei der Beantwortung der Anfrage vorgestellt werde.

Frau Küper weist darauf hin, dass bei der Leistungsgewährung in den meisten Fällen die Sachentscheidung das Enttäuschende für den Kunden gewesen sei. Man habe unterschiedliche Mitarbeiter von unterschiedlichen Trägern und auch Amtshilfekräfte. Es gebe ganz klare Strukturen, wie die Mitarbeiter geschult würden. Es gebe keine Probleme mit den Mitarbeitern. Fortbildungsprogramme für BA-Mitarbeiter könnten dem Ausschuss nicht zur Verfügung gestellt werden.

Herr Kirchhoff ist der Meinung, dass unterschiedliche Mitarbeiter auch unterschiedliche Bedarfe hätten.

Frau Küper erwidert, dass es innerhalb der einzelnen Gruppen auch eine spezielle Ausbildung gäbe. Sie sagt zu, sich bei der BA zu erkundigen, ob die Maßnahmen im Sozialausschuss vorgestellt werden dürften.

Herr Link versteht es so, dass es um die Themen gehe, zu denen die Mitarbeiter fortgebildet würden.

Frau Küper erklärt, dass es sich bei den Themen um das materielle Recht des SGB II, um spezielle Fallmanagerlehrgänge und um die Vermittlung einzelner Eingliederungsleistungen handele. Damit sei das Spektrum abgedeckt.

Frau Machatschek versteht Herrn Kirchhoff so, dass es ihm um die Qualifizierung der Mitarbeiter vor allem im Fallmanagement gehe. Aus den unterschiedlichsten Einrichtungen kämen Menschen mit unterschiedlichstem Qualifikationsprofil zusammen. Wie würden die auf den gleichen Stand gebracht?

Herr Steuber weist auf die hohe Fluktuation hin, unter der die Qualität der Arbeit leide. Der befristete Anteil der Stellen sei zu hoch. Man müsse sich in der Trägerversammlung mit der Frage beschäftigen, wie hoch der Prozentanteil der befristet beschäftigten Mitarbeiter in der ARGE in Hagen sein solle. Das sei eine wichtige Frage. Die Bundesagentur habe als neue Zielgröße vorgegeben, dass es demnächst nur noch 10% sein sollten. Derzeit liege man deutlich über dieser Zahl.

Frau Machatschek stellt abschließend fest, dass Frau Küper den Auftrag für die nächste Berichterstattung der ARGE mitnimmt.



Herr Kirchhoff stellt fest, dass der psychosoziale Aspekt seines Erachtens fehlt. Dieser gehöre zur Beratungskompetenz des Fallmanagers dazu.

Frau Machatschek freut sich darüber, dass die Bildungsgutscheine zugewonnen hätten. Sie möchte wissen, ob diese bei der individuellen Qualifizierung auf 12 Monate beschränkt seien. Gebe es auch Möglichkeiten Ausbildungen zu finanzieren, die zwei oder drei Jahre dauerten?

Herr Rumberg teilt mit, dass 10 Gutscheine für längere Ausbildungen vorgesehen seien. Auch wenn mehr Bedarf da sei, würde dieser voraussichtlich gedeckt.

Frau Machatschek bedankt sich bei Frau Küper und Herrn Rumberg bis zur nächsten Berichterstattung noch vor den Sommerferien.

## 5. **AIDS-Hilfe e.V.** **Hier: Mündlicher Bericht**

### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Rau berichtet über die Arbeit der AIDS-Hilfe. Der Niederschrift ist als **Anlage zu Top 5** der Jahresbericht der AIDS-Hilfe beigefügt.

Er weist in diesem Zusammenhang auf das bewährte Hagener Zweisäulenmodell hin. Die AIDS-Hilfe werde gerade im Informationsbereich von der AIDS-Beratungsstelle im Gesundheitsamt unterstützt.

Herr Link möchte wissen, ob man auch mehrsprachig informiere.

Herr Rau erklärt, dass es gelungen sei, spezielle Themenschwerpunkte dreisprachig in deutsch, polnisch und türkisch anzubieten. Auch die Online-Beratung werde dreisprachig angeboten in englisch, deutsch und tschechisch. Für alle Bereiche würden ehrenamtliche Helfer gesucht, um die Beratung mehrsprachig anbieten zu können.

Herr Steuber bittet um Aufklärung bezüglich der Auswirkungen der Reduzierung des Zuschusses für die Betreuung von JVA-Inhaftierten auf die Arbeit der AIDS-Hilfe. Herr Kirchhoff und er selbst seien im JVA-Beirat und ggf. könne man etwas dorthin transportieren. Demnächst solle es wieder Möglichkeiten geben, auf einen zentralen Finanztopf zuzugreifen.

Herr Rau erläutert, dass durch die Einsparung der JVA-Stelle in der Drogenberatungsstelle vor einigen Jahren der Ansprechpartner in der JVA fehle. Vieles werde dadurch an die AIDS-Hilfe weitergereicht. Das sei nicht zu leisten, zumal der Bereich der JVA-Arbeit deutlich zurückgefahren worden sei, seit die Stadt Hagen sich finanziell zurückgezogen habe.



Frau Machatschek betont, dass die Arbeit der AIDS-Hilfe ohne die vielen ehrenamtlichen Helfer nicht zu leisten sei. Sie möchte wissen, ob es im nächsten Jahr wieder eine AIDS-Gala geben werde.

Herr Rau erwidert, dass es schon in diesem Jahr eine AIDS-Gala gebe, allerdings in kleinerer Form. Sie finde im Hasper Hammer statt. Die große Ballettgala im Stadttheater finde nur alle zwei Jahre statt. Diese Veranstaltungen dienten nicht nur zur Unterhaltung, sondern auch dem Zweck, Spendengelder zu akquirieren. Viel Zeit der Mitarbeiter müsste auch für die Mittelakquise verwendet werden. Er macht deutlich, dass die Finanzierung der AIDS-Hilfe auf kommunaler Ebene so weitergehen müsse wie bisher. Die Landesmittel seien seit 2007 kommunalisiert worden. Die Mittel würden von der Kommune derzeit an die AIDS-Hilfe weitergeleitet. Wenn sich die Landesförderung zukünftig dahingehend ändern, dass mit Kennzahlen gearbeitet würde, könnte das zukünftig dazu führen, dass man sowohl die AIDS-Hilfe, als auch die AIDS-Beratung nicht mehr bezahlen könne.

Herr Strate vom Gesundheitsamt beschreibt die derzeitige Situation. Es könne im Moment noch keine konkrete Aussage getroffen werden. Wie der Schlüssel aussehe, nach dem die Mittel zukünftig verteilt würden, sei derzeit noch nicht klar. Im Sommer wisse man mehr.

Herr Rau erklärt, dass derzeit beim Land Qualitätsstandards entwickelt würden. Das Land ließe sich von Fachleuten beraten. Die Kommunen müssten sich in diesen Prozess einbringen.

Frau Machatschek stellt fest, dass man die Entwicklung wachsam beobachten müsse. Sie bittet das Gesundheitsamt, Informationen dahingehend an den Sozialausschuss weiterzuleiten. Zur Zeit finde ja ein großer Kongress in Berlin zu diesem Thema statt. Sie hoffe, dass in Berlin auch diesbezüglich ein Signal an die Länder gehe. Sie bedankt sich ganz herzlich bei Herrn Rau und Herrn Strate und wünscht alles Gute für die Arbeit.

Herr Rau weist auf eine Feier anlässlich des 20jährigen Bestehens der AIDS-Hilfe hin. Diese finde in der Lobby des Rathauses statt und alle seien hierzu herzlich eingeladen.

- 6. Vorschlag der Fraktion DIE GRÜNEN/BÜNDNIS 90 gem. § 6 (3) GeschO des Rates**  
**Hier: Kostenerstattung gem. § 4a FlÜG NRW**

### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Kirchhoff erläutert den Antrag.

Herr Stüwe ist der Meinung, dass ein solcher Antrag keinen Sinn habe. Er begründet, dass nach dem § 4a Flüchtlingsaufnahmegesetz NRW Voraussetzung sei, dass eine Abschiebung rechtlich und tatsächlich möglich gewesen wäre, bevor der Bleiberechtserlass gekommen sei. Dies sei ein Personenkreis, für



den das Land auch bisher keine Landeserstattung vorgenommen habe. Ein solcher Antrag auf Kostenerstattung würde nichts bringen. Man habe im Moment 22 Erstattungsanträge für Personen laufen, die vom Bleiberechtserlass betroffen seien. Hier sei die Voraussetzung gegeben, dass eine Abschiebung möglich gewesen wäre. Bei 30 Personen sei die Abschiebung zunächst ausgesetzt, bei denen diese Voraussetzungen nicht vorlägen. Für diese bekäme man auch keine Leistungen. Die könnte man auch melden, aber es habe keinen Sinn.

Herr Kirchhoff stellt fest, dass hier eine strittige Rechtsauffassung vorliege. Er ist der Meinung, dass man versuchen müsse, diesen Anspruch auf Kostenerstattung wahrzunehmen.

Herr Kilic unterstützt diesen Antrag.

Herr Franke vom Diakonischen Werk erläutert den Hintergrund, warum diese Frage strittig ist.

Herr Dücker schlägt vor, dem Antrag zuzustimmen.

Frau Machatschek stellt daraufhin den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

## **Beschluss:**

**Die Verwaltung wird aufgefordert, zum nächstmöglichen Zeitpunkt dem Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen alle ausländischen Flüchtlinge, deren Rückführung aufgrund des Erlasses vom 11. Dezember 2006 gem. § 60a Ausländergesetz ausgesetzt wird, zum Zweck der Kostenerstattung gem. § 4a Flüchtlingsaufnahmegesetz NRW zu melden.**

Einstimmig beschlossen

## **7. Anfragen gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung**

Frau Buchholz stellt bezugnehmend auf die Bleiberechtsregelung fest, dass sich die Frist für Migranten nunmehr bis zum Ende 2009 verlängert habe, sich in Deutschland einen Job zu suchen, von dem sie leben können. In der letzten Sitzung sei gesagt worden, es gebe bei der Bundesagentur für Arbeit einen Berater für dieses Klientel. Diesbezügliche Recherchen hätten nichts ergeben. Sie bittet, herauszufinden, ob es einen solchen Berater gibt und wenn ja, wer dies sei, um Menschen an ihn verweisen zu können.

Ende des öffentlichen Teiles: 18.10Uhr

Gez. Machatschek  
Vorsitzende

Gez. Krause  
Schriftführerin